

WALTER HALLSTEIN-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT



FORUM CONSTITUTIONIS EUROPAE

**FCE 6/08**

**DIE ZUKUNFT VON LISSABON  
NACH DEM DESASTER VON DUBLIN**

**ELMAR BROK, MDEP (EVP UND CDU)**

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

**Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin  
am 26. Juni 2008**

**- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -**

*Das Forum Constitutionis Europae ist eine gemeinsame Veranstaltung des  
Walter Hallstein-Instituts und der Robert Bosch Stiftung.*

Herr Professor *Pernice*,

liebe Kollegen aus dem Deutschen Bundestag,

lieber Gunther *Krichbaum*,

lieber Axel *Schäfer*,

Exzellenzen,

meine Damen und Herren,

wenn ich an das Märchen vom Hasen und vom Igel denke, möchte ich nicht der Hase sein, sondern lieber der Igel, wenn ich ehrlich bin. Und wir wollen hoffen, dass das Ausarbeiten von Verfassungen, Reformverträgen, das Ratifizieren und Nicht-Ratifizieren nicht dazu führt, dass man sich als Hase totläuft, weil irgendwo immer irgendein Igel an der Ecke steht, der das Werk dann zu Fall bringt. Was ja auch deswegen so leicht ist oder die Aufgabe so schwer macht, weil wir in diesem Ratifikationsprozess Einstimmigkeit haben müssen, wenn es um Primärrecht geht. Und wenn ich mir manchmal die innerdeutsche Debatte anhöre, dann machen sich die wenigsten Gedanken darüber, was es bedeutet, in einem solchen Rahmen der Veränderung von Entscheidungsstrukturen, Verlagerung von Kompetenzen zwischen den Institutionen und von Mitgliedstaaten auf die Europäische Union Einstimmigkeit zu erzielen. Wenn ich diese Wunderwerke von Föderalismusreform und die langen Debatten dazu in den letzten Jahren verfolgt habe, wozu *keine* Einstimmigkeit erforderlich ist, dann ist es nicht so schlecht, was wir da in Brüssel hinbekommen haben; wenn ich das als Vergleich anführen darf. Denn wenn die Einstimmigkeit Notwendigkeit beim Grundgesetz gewesen wäre, dann hätten wir jetzt noch kein Grundgesetz oder die deutsche Staatsgrenze wäre etwas weiter nördlich, weil dann jemand hätte austreten müssen.

Wenn es um Europa geht, muss alles in einem Referendum geschehen. Es geht hier um die Amendierung eines bestehenden Vertrags, so wie es beispielsweise bei der Föderalismusreform um die Amendierung des Grundgesetzes, d.h. unserer eigenen Verfassung ging. Da höre ich nie, dass diese Amendierung ein Referendum als Grundlage haben muss. Aber bei Europa ist dies eine dringende Notwendigkeit, wie manche meinen darstellen zu müssen.

Beim irischen Votum lag die Wahlbeteiligung bei 53,1 Prozent. Entgegen den generellen Wahlbeteiligungen bei Bundes- oder Landtagswahlen, ist dies ein sehr hoher Wert für ein Referendum; und das Quotum der Iren war eindeutig. Die Voraussetzungen für die Einstimmigkeit sind damit nicht erfüllt. Aber wir müssen auch gleichzeitig sagen, dass sich mit der Unterschrift 27 Staaten verpflichtet haben, entsprechend ihrer verfassungsrechtlichen Regelungen diesen Vertrag einer Ratifikation zuzuführen. Und wenn man das nicht tut, wäre dies ein Verstoß gegen *bona fide*. Der Vertrag von Lissabon ist ein internationaler Vertrag, den eine Regierung unterschreibt, mit guten Willen und der Absicht, ihn zur Ratifikation zu bringen. Und dann müssen das eben alle Staaten machen und das werden nach meiner Einschätzung Ende dieses Jahres 26 Staaten sein. Ich muss sagen, dass wir hier auch einen ganz wichtigen Punkt haben, weil es wahrscheinlich die letzte Möglichkeit für die nächsten fünf bis zehn Jahre ist, eine Reform in die Wege zu leiten. Wir haben nämlich am Mittwoch vorheriger Woche die höchste Hürde überhaupt übersprungen, nämlich die Ratifikation in Großbritannien. Und gestern wurde die gegen die Ratifikation gerichtete Klage abgelehnt, so dass Großbritannien, im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland, in der das Gericht noch nicht entschieden hat, ratifizierte. Wenn man jetzt meint, man müsse das wieder neu verhandeln, dann muss man sagen: Der Lissaboner-Vertrag ist tot! Wenn wir diesen Reformprozess für 27 Länder hinbekommen wollen; wenn wir die Einheitlichkeit der Rechtsordnung haben wollen,

nicht diese Kreiseleien, „Kerneuropa“ und sonstiges "Drum-Herum-Reden", sondern sagen: „Wir wollen die 27 Staaten als einheitliche Rechtsordnung zusammen halten“ – dann müssen wir dies mit *diesem* Vertrag tun, weil es danach keine weitere Chance mehr gibt.

Und wenn ich von Plan B höre, muss ich sagen: Dies ist der Plan D! Herr *von Kyaw* weiß es. Er war damals dabei als auch deutsche Bundesländer Druck ausübten. Dann hätten wir nämlich – das was wir jetzt mühsam zur Justiz- und Innenpolitik machen – die erste Säule und die Mehrheitsentscheidung, aber das ist beim Vertrag von Amsterdam damals an Deutschland gescheitert. Und es ist damals auch nicht gelungen, dass man die besseren Entscheidungsmethoden im Rat zu Stande bringt – weil man das nicht geschafft hat, hat man Nizza eingeführt. Und Nizza konnte genau dies auch wieder nicht leisten. Das alles aber sollte geleistet werden, um neuen Herausforderungen entgegentreten zu können und gleichzeitig die Europäische Union auf die Erweiterung vorzubereiten. Und dann kam der Verfassungskonvent, das war Plan C. Und dies ist jetzt Plan D!

Wir haben jetzt die neuen Mitgliedsländer schon lange in der Union und sind immer noch dabei uns auf diese Erweiterung vorzubereiten. Manche meinen, wir könnten alles mit dem Vertrag von Nizza so weitermachen, denn es lief ja so gut. Nein, das geht deswegen nicht, weil die Blockademöglichkeiten bei 27 Staaten zu groß sind und weil wir auch nicht die Voraussetzungen haben, neuen Herausforderungen wirklich entgegentreten. Wenn wir die neuen Herausforderungen sehen, vor die wir gestellt sind und von denen wir wissen, dass der Nationalstaat sie alleine nicht bewältigen kann, dann müssen wir überlegen, wie wir das machen. Themen wie Energie und Energiesicherheit, organisierte Kriminalität, Terrorismus, Fragen, die mit Globalisierung außenpolitisch, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich zu tun haben, Migration und manch andere mehr, können nur gemeinsam bewältigt werden, wenn Europa sich wirklich in dieser Welt, in dieser globalen Ordnung geschlossen behaupten soll. Und ich meine, dass der Weg des Kerneuropas nur der drittbeste Weg ist dieses zu tun. Wenn dieser Vertrag scheitern sollte, wird es in zwei, drei Jahren die Bildung eines solchen Kerneuropas geben. Weil dann die Gruppe von Ländern, die diesen Herausforderungen begegnen wollen (und sagen wir: müssen), etwas haben, um es tun zu können und auch tun werden. Aber dies ist erstens nicht deutsches Interesse, da wir in der Mitte Europas sind. Es ist im deutschen Interesse, dass alle unsere Nachbarn in derselben Klasse und nicht Europäer ersten, zweiten und dritten Ranges sind. Das mag man in anderen mehr westlich gelegenen Ländern manchmal etwas anders sehen, aber aus unserer Interessenlage heraus ist dies politisch, wirtschaftlich und auch historisch notwendig. Und wenn wir das europäische Friedensprojekt fortsetzen wollen, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass unsere tschechischen, slowakischen und polnischen Freunde und Nachbarn, in derselben Klasse und Rechtsordnung sind, um das Werk der Versöhnung zu Stande zu bringen, wie es mit unseren westlichen Nachbarn gelungen ist. Ich meine, dass wir aus diesem Grunde besonderes Interesse daran haben sollten, dass wir diesen vielleicht letzten Versuch hinbekommen.

Ich will noch einen anderen Punkt ansprechen, der Arbeitsmöglichkeiten und demokratische Legitimation betrifft. Wenn wir ein Kerneuropa oder viele Kerneuropas für die jeweiligen Bereiche haben, ist auf der einen Seite die Gefahr groß, dass dies ein „Patchwork-Europa“, ein Europa der Beliebigkeit wird. Jeder macht das, woran er gerade Spaß hat. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wie Sie dann noch Gesetzgebung auf einem kommunitären Wege praktizieren wollen? Wollen Sie dann in Zukunft bei jeder Gesetzgebung immer ein Drittel der Europaabgeordneten vor die Tür schicken und zwar jedes Mal andere? Im Rat kann man das vielleicht auch mal machen. Das ist der entscheidende Punkt. Ein solches Kerneuropa kann nach meiner Vorstellung nicht kommunitär geregelt werden, es wird intergouvernemental geregelt sein. Und damit zerstören wir das eigentlich Erfolgreiche der Europäischen Union – nämlich zu sagen: Wir sind kein Staat, aber da, wo wir Kompetenzen als Europäische Union

haben, machen wir Gesetze mit direkter Wirksamkeit wie ein Bundesstaat. Wir sind kein Staat, aber arbeiten nach den Methoden des Bundesstaates, mit einem Zweikammersystem, einer Rechtsprechung und einer Rechtsordnung, die wie in einem Bundesstaat durchgreift. Und das ist der Unterschied zu allen anderen internationalen Organisationen, die es jemals gegeben hat. Dies ist das eigentliche Geheimnis des Erfolgs, die gemeinsame Rechtsordnung und wie in dieser Rechtsordnung gearbeitet wird. Wenn das zerstört wird, sind wir am Ende. Das ist übrigens der Grund gewesen (ich hab auch mit Wolfgang Schäuble darüber geredet), warum man die Justiz- und Innenpolitik jetzt in den Gemeinschaftsbereich hineingezogen hat. Wenn man mit der intergouvernementalen Methode im Ministerrat Dinge aushandelt, dann muss nur ein Ministerialrat in irgendeinem Ministerium in irgendeinem Land das hinauszögern und der gesamte Prozess wäre zerstört, da jeder Einzelbereich genau verhandelt und mit Einstimmigkeit beschlossen werden muss. Niemand ist rechtlich verpflichtet, die Vereinbarung zu übernehmen, wie es bei einer Rechtsordnung ist, sondern es ist immer eine Frage des politisch guten Willens. Damit können Sie es nicht zusammenhalten. Die Rechtsordnung ist eine Methode, damit die Entscheidungsprozeduren der gerichtlichen Kontrolle und Forderungen unterliegen, also nicht dem guten Willen und jeweils dem einzelnen Handeln in den nationalen Hauptstädten unterworfen sind. Damit es auch kaum einen Unterschied macht, wie die jeweilige politische Orientierung in einer Regierung sich darstellt, so dass das Handeln auch nicht der Zufälligkeit des guten Willens unterworfen ist, sondern eine andere Form von Entscheidung, Zusammenhalt und Durchsetzung besitzt.

Meine Damen und Herren, dieser Vertrag von Lissabon ist in Irland abgelehnt worden mit einer Reihe von Kampagnen, die ich in dieser Art selten erlebt habe. Man kann ja auch manche wohlwollende Kommentare in diesen Tagen in deutschen Zeitungen lesen und ich wundere mich selbst, in welchen Zeitungen man sie lesen kann. Man muss sagen, dass diejenigen, die die Kampagnen geführt haben, den Vertrag nicht gelesen zu haben scheinen. Denn ein solches Maß an Lügengeschichten – ich sage ausdrücklich: *Lügengeschichten!* – habe ich in politischen Auseinandersetzungen selten erlebt. Wir konnten das vorgestern noch einmal in einer Debatte des Europäischen Parlaments erleben, als die Vertreterin von Sinn Féin über Frieden sprach, der durch Europa gefährdet wird. Wenn ich mich recht erinnere, ist Sinn Féin die Partei, die eine eigene Armee unterhält und somit kein gutes Beispiel für Friedlichkeit darstellt. Und dann wird behauptet, durch den Vertrag werde die Abtreibung erleichtert, die Euthanasie, das Klonen, alle irischen Männer müssten jetzt durch die Mehrheitsentscheidungen Brüssels in den Krieg geschickt werden, die Wehrpflicht werde durch Europa in Irland zwangsweise eingeführt, die Sozialpolitik werde geschwächt und Europa werde immer mächtiger und undemokratischer und im Übrigen würden auch noch die Unternehmenssteuern erhöht. Der einzige Punkt, der beim irischen Referendum eine Rolle gespielt hat und der vertragsbezogen ist, ist die Frage nach der Zahl der Kommissare. Damit kann man sich auseinandersetzen. Alle anderen Gesichtspunkte, die dort eine Rolle gespielt haben, haben mit dem Lissaboner-Vertrag nichts zu tun. Und wenn man jetzt daraus eine Grundsatzdebatte macht, indem es heißt „Weil die so entschieden haben, muss man das hinnehmen“, muss ich sagen: Ergebnisse, die auf der Basis von Lügen zu Stande gekommen sind, nehme ich nicht hin, sondern debattiere darüber weiter. Und es muss legitim sein, das zu tun. Wir müssen dann die Kampagne weiterführen oder die Iren selbst, um diese Missverständnisse zu beseitigen. Missverständnisse, die ja in gewissem Umfange selbst bei unserer eigenen Bevölkerung vorhanden sind, so dass wir deswegen auch die kontroverse Diskussion in aller Härte führen müssen. Ich habe manchmal den Eindruck – das war in der Kampagne in Irland deutlich zu spüren – dass die Pro-Europäer defensiv argumentieren und diejenigen, die Europa nicht wollen, ganz anders. Vor allem aber, dass wir realisieren müssen, dass diejenigen, die sich plötzlich als Hüter der Demokratie auführen, diejenigen sind, die in der Politik zu Hause nicht gerade als demokratisch angesehen werden und auf dem rechten und linken Flügel ansässig sind und relativ

wenig an internationale Zusammenarbeit denken. Denn wenn ich sehe, dass die UKIP [United Kingdom Independence Party] viel Geld in anti-europäische Kampagnen investiert hat, dann muss ich sagen, dass das eine Partei ist, die nostalgisch an das alte Großbritannien denkt und nun wirklich nichts Gutes mit Irland im Sinne hat. Wenn ich sehe, dass Murdoch Tabloids in Irland eine Kampagne durchgeführt haben, die von einem Australier mit amerikanischem Pass geführt wurde; wenn ich sehe, dass ein Herr *Ganley*, der die "Libertas-Kampagne" initiierte und weit mehr Geld allein in die Nein-Kampagne steckte als alle pro-europäischen Parteien und Leute in die Pro-Kampagnen haben fließen lassen, und dieses Geld unwidersprochen aus dunklen Quellen wie Waffenhandel bezogen wurde und offensichtlich dies auch gesteuert ist von Kampagnen von Leuten jenseits des großen Teichs, die letztlich an *divide et impera* denken... Am Tage des Verkündens des Ergebnisses von Irland hat es mit Sicherheit Champagnerpartys in Washington und Moskau gegeben. Aus diesem Grunde heraus müssen wir, so glaube ich sehen, dass wir manches nicht hinnehmen dürfen. Ich meine, dass wir deutlich machen müssen, dass die Europäische Union insbesondere die Schwachstellen, die die Demokratie und deren Legitimation betreffen, durch den Vertrag von Lissabon verliert.

Die Beschwerde von *Gauweiler* und anderen geht ja dahin, dass dieser Vertrag von Lissabon die Demokratie gefährde und die nationalen Parlamente entmündige; dass im Übrigen auch der Bundestag seinen Vorbehalt im Bereich der Verteidigungspolitik verlieren werde. Nichts davon ist wahr. Das Vorbehaltsrecht über die Entscheidung, wohin deutsche Truppen entsendet werden, ist völlig unberührt vom Vertrag von Lissabon. Und ich wäre auch persönlich dagegen, denn diese Entwicklungsstufe haben wir noch nicht erreicht. Wir können nicht in Brüssel mit Mehrheit entscheiden, dass die Soldaten eines Landes irgendwo hingeschickt werden, wenn dieses Land es selbst nicht will. Wir müssen sehen, dass die nationalen Parlamente in diesem Vertrag gestärkt werden wie sonst niemand. Dieser Vertrag baut ein echtes Zweikammersystem auf, in dem die zweite Kammer, die starke Kammer mit Mitgliedern der nationalen Regierungen, über die neuen Möglichkeiten der nationalen Parlamente einer Kontrolle unterworfen werden, wie sie die Landtage bezüglich einer Kontrolle des Bundesrates und ihrer Landesregierung nicht besitzen. Hier ist mehr Demokratie drin: die Notwendigkeit, dass die Kommission jeden Gesetzgebungsvorschlag erst an die nationalen Parlamente verschickt und diese innerhalb von acht Wochen darüber beraten können und verschiedene Methoden des Hinweises auf Verletzung des Subsidiaritätsprinzips haben. Damit sind die nationalen Parlamente sehr frühzeitig mit dem Stoff befasst und können, wenn sie die Mehrheit der nationalen Parlamente zusammenhaben, *de facto* auch da schon den europäischen "Zug" aufhalten. Wenn nur Rat oder Europäisches Parlament der Position der Mehrheit der nationalen Parlamente zustimmt, ist das der Fall. Und darüber hinaus (wenn wir es dann dennoch weiter treiben in Brüssel) hat jedes einzelne nationale Parlament ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof und der Bundestag hat mit der Verfassungsänderung bei der Annahme dieses Vertrages festgelegt, dass dieses Klagerecht 25 Prozent der Mitglieder des Hauses zukommt – d.h., eine Minderheit des Deutschen Bundestages hat ein Klagerecht bei Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Das sollte man mal einem Landtag einräumen: 25 Prozent eines Landtages haben ein Klagerecht, wenn im Bundesrat Dinge beschlossen werden, bei denen man meint, die Länderkompetenz sei betroffen!

Man muss an dieser Stelle auch noch eines hinzufügen: Es geht hier nicht darum, Europa insgesamt zu überprüfen. Denn wenn dieser Vertrag scheitert, bleibt der Vertrag von Nizza. D.h., alle diese Dinge, die mit der Stärkung der Demokratie zu tun haben, werden dann nicht stattfinden. Das Bundesverfassungsgericht kann nur überprüfen, was besser oder schlechter im Vergleich zu Nizza ist, es kann nicht Nizza selbst überprüfen, und da meine ich, dass es da wohl kaum einen Ansatzpunkt gegen "Lissabon" gibt. Neben der Stärkung der nationalen Parlamente (in Deutschland zweier nationalen Parlamente, Bundestag und Bundesrat) ist dies auch eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Damit erfüllen wir eigentlich auch die Forderungen des Maastricht-Urteils. Denn darin wurde festgelegt, dass mit Mehrheit entschieden

wird und somit die nationalen Parlamente ein Stück Veto-Position gegenüber ihren Regierungen verlieren, das Europäische Parlament aber die Gesetzgebungskompetenz innehaben muss. Mit diesem Vertrag wird fast vollständig die Gesetzgebungskompetenz für das Europäische Parlament eingeführt mit einem Mitentscheidungsverfahren, ähnlich wie bei zustimmungspflichtigen Gesetzen in der Bundesrepublik Deutschland. D.h., jedes einzelne Gesetz der Europäischen Union bedarf der doppelten Legitimation, des Beschlusses des direkt gewählten Parlaments *und* der starken Kammer, die durch ihre nationalen Parlamente legitimiert und in Zukunft besser kontrolliert sind.

Darüber hinaus werden die Rechte des Bürgers gestärkt: nicht nur dadurch, dass die Parlamente gestärkt werden, sondern es wird in Zukunft auch der Präsident der Europäischen Kommission, der Chef der Exekutive, als Ergebnis der Europawahl dastehen. Denn im Vertrag heißt es, der Europäische Rat schlägt mit Mehrheit dem Europäischen Parlament zur Wahl jemanden im Lichte des Ergebnisses der Europawahl und nach Konsultation des Europäischen Parlaments zum Kommissionspräsidenten vor. Um dies beispielhaft zu verdeutlichen, das wäre so, als würde der Bundespräsident montags in die Zeitung schauen, um festzustellen, wer die Bundestagswahl gewonnen hat. D.h., auch die Kommission, die bisher nicht der unmittelbaren Kontrolle des Volkswillens unterlag, befindet sich jetzt wie eine nationale Regierung in einer solchen Position. Und wenn ich dann diese Tage lesen kann, dies sei eigentlich aber keine vollständige Demokratie, weil wir doch nicht die einzelnen Kommissare abwählen könnten, dann muss ich sagen: Dann ist die Bundesrepublik ja noch weiter davon entfernt als die Europäische Union! Denn wir im Europäischen Parlament wählen nicht nur den Kommissionspräsidenten, sondern die gesamte Kommission muss sich nach „Hearings“ der einzelnen Kommissare einem Votum unterwerfen und wenn uns einer dabei nicht gefällt, dann können wir dem Kommissionspräsident sagen: „Wir werden keine Kommission bilden können, wenn Du nicht jemanden auswechselst!“ Das haben wir beim letzten Mal übrigens auch schon so praktiziert. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass der Deutsche Bundestag das Recht hat, noch irgendeine Personalentscheidung zu treffen, wenn der Bundeskanzler gewählt ist; der entscheidet ganz allein über die Zusammensetzung seiner Bundesregierung. Aus diesem Grunde kann ich auch hier nicht akzeptieren, warum dies auf europäischer Ebene viel weniger Demokratie bedeuten sollte. Im Übrigen wird als zusätzliches Instrumentarium für ein Mehr an Demokratie ein Bürgerbegehren eingerichtet werden.

Dieser Vertrag schließt die demokratische Lücke und führt zu einem höheren Maß an demokratischer Legitimation und Kontrolle, sowohl durch unmittelbare Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger als auch durch die Stärkung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments.

Es ist ja das Verwegene in dieser Auseinandersetzung, dass diejenigen, die gegen diesen Vertrag wettern, die mangelnde demokratische Legitimation und Transparenz benennen, genau *den* Vertrag verhindern, der diese Lücke beseitigen wird. Das ist doch die Ironie der Geschichte! Und bei manchen Kommentaren muss ich sagen, dass die Verfasser den Vertrag wohl nicht gelesen haben, sonst würde mancher Unsinn nicht zu Papier gebracht, zumindest wenn er guten Willens zu Papier gebracht worden ist. Dies gilt auch für die Dinge, die ich vorhin mit Besteuerung und Euthanasie angesprochen habe. Bezüglich der Besteuerung wird kein Satz geändert gegenüber dem Vertrag von Nizza. Die Frage des Verbots des Klonens, des Verbots der Euthanasie, der Eugenik ist in die Charta der Grundrechte eingeflossen, die eine rechtliche Überprüfbarkeit mitbringt. Es gab bisher genau im Gegenteil keine Prinzipien, die dies verboten. Das ist jetzt durch die Werteentscheidung geändert. Durch die Charta der Grundrechte bekommt der Bürger die klassischen Schutzrechte des liberalen Staates gegenüber Übergriffen der europäischen Gesetzgebung, deren Umsetzung die Möglichkeit zur Kontrolle des Gesetzgebers bereithält. Auch dies ist, wie ich finde, ein unglaublicher Fortschritt im Sinne des Bürgers, damit seine Würde nicht wehrlos ausgeliefert ist.

Wir müssen sehen, welche Schritte wir jetzt gehen müssen. Erstens, und das ist das Ergebnis des Brüsseler-Gipfels, müssen wir den Vertrag ratifizieren. Die Vorgehensweise muss hier sein, wie bei der Fußballeuropameisterschaft von Match zu Match, von Ratifikation zu Ratifikation zu gehen und sich darauf zu konzentrieren. Nichts ist wichtiger als keinen Unsinn zu reden, wonach es irgendwo scheitert. Dafür mag es in jedem Land andere Gründe geben. Und ich bin sicher, dass, nachdem 19 Staaten parlamentarisch bereits ratifiziert haben und einige Staaten vor der Sommerpause noch hinzukommen werden, nach den Senatswahlen am 15. Oktober in der Tschechischen Republik auch die tschechische Republik den Vertrag ratifizieren wird. Es wird keine Denkpause geben, keiner setzt das Ratifikationsverfahren aus, wie dies nach Frankreich und den Niederlanden der Fall gewesen ist. Das ist wirklich ein ganz großer Unterschied, auch zum Teil aus den Gründen, die ich anfangs dargelegt habe, weil es hier keinen weiteren Weg geben kann. Bei aller Einschätzung, die man da haben kann, sieht es so aus, dass das dann im November, Dezember fertig sein kann.

Und was soll mit den Iren jetzt gemacht werden? Das Ergebnis ist zu respektieren. Die 26 Staaten müssen ihren Willen zum Ausdruck bringen, was sie nun wollen. Die 26 Entscheidungen sind genauso wertvoll wie die eine irische. Im Übrigen muss ich sagen – wenn ich das als Zwischenmusik hier einbringen darf – Entscheidungen der repräsentativen Demokratie haben dasselbe Maß an demokratischer Legitimation wie ein Referendum. Und ich muss sagen, um nochmals auf das irische Referendum zurückzukommen, wie sehr die Väter unseres Grundgesetzes Recht hatten, die Möglichkeiten von Referenden auf nationaler Ebene so einzuschränken. Denn Politik auf nationaler Ebene zu entscheiden bedeutet, den Weg einer Balance zu finden zwischen verschiedenen Interessen und Themenbereichen, und das können Sie nicht in einem Referendum gestalten. Und wenn wir in Deutschland entscheidende Fragen mit einem Referendum gelöst hätten, wären alle – ich würde sagen: *alle!* – strategischen Entscheidungen der Bundesrepublik Deutschland so nicht gefallen.

Und wenn gesagt wird diese Europäische Union sei eine Kopfgeburt von Elite, dann muss ich sagen, dass diese Eliten stolz sein können auf ihre Kopfgeburt. Denn die Europäische Union hat ein solches Maß an Frieden, Freiheit und Wohlfahrt auf diesen Kontinent und für unser Volk gebracht, wie es nie zuvor irgendeine Region irgendwo in der Menschheitsgeschichte gehabt hat. Manchmal ist man offensichtlich dabei, das wieder zerstören zu wollen. So habe ich den Artikel eines österreichischen Kollegen in der "FAZ am Sonntag" gelesen, man müsse auch den Mut zur Zerstörung haben, um einen Neuanfang zu machen. Das mag für manche wissenschaftlichen Projekte richtig sein, aber dass man Völker danach wieder zusammenbringen kann, halte ich für unwahrscheinlich. Mancher sagt: „Dann machen wir das auf eine andere Art und Weise mit einem europaweiten Referendum“; das würde ich ja gern haben, wenn es mit Mehrheit entschieden und für alle gelten würde, aber dafür müsste man den Vertrag selbst erst einmal ändern und ich bin davon überzeugt, dass nicht alle Staaten, auch nicht die Bundesrepublik Deutschland, dazu bereit wären, weil sie dann das Veto-Recht in dieser Frage verlieren würden. Das wäre möglicherweise sogar angreifbar vor dem Bundesverfassungsgericht, weil nämlich dann die Kompetenzvergaben an die Europäische Union durch Mehrheitsentscheidungen der Union entschieden würden und die Kompetenz-Kompetenz damit den Mitgliedstaaten weggenommen wird. Deswegen ist das in der Rhetorik schön und es ist auch richtig, dass wir Wege finden müssen, wie wir aus dieser Einstimmigkeit herauskommen können, dass uns einzelne nicht blockieren können (und wir haben uns ja Wege während des Verfassungskonvents überlegt). Aber an diesem Punkt macht der Großteil der Mitgliedstaaten nicht mit und auch die Mehrheit der nationalen Parlamente würde hier nicht mitmachen – wollen wir uns doch nichts vormachen. Und deswegen ist dies kein Weg und auch kein Ausweg, denn die Mitgliedstaaten sind Träger der Veranstaltung und wollen auch Träger dieser Veranstaltung bleiben. Sie verleihen Kompetenzen und können – das ist erstmalig auch in den

Vertrag hineingeschrieben worden – in derselben Weise Kompetenzen wieder zurückziehen. Noch eine weitere neue Möglichkeit, die der Vertrag von Lissabon bereithält: Staaten können austreten, das war bisher nicht vorgesehen.

Wenn 26 Staaten den Vertrag ratifiziert haben und die Iren sich dieses Umfeld anschauen, dann müssen sie mit Vorschlägen kommen. Ich halte es für falsch, dass *wir* jetzt kreativ sind und jeder von uns mit irgendwelchen neuen Vorschlägen kommt und Irland unter Druck setzt. Wir sollten die Ratifikationen überall in den Mitgliedsländern in Ordnung bringen. Auch die Iren sind schon dabei zu überlegen und führen eine höchst intensive Debatte in der Öffentlichkeit. 80 Prozent der Iren sind pro-europäisch und die Bürger suchen ernsthaft nach einer Lösung, um hier herauszukommen. Darauf müssen wir warten. Es wäre ideal, wenn sie dann November, spätestens Dezember einen Vorschlag unterbreiten würden und wir dann überlegen müssen, ob wir diesen Vorschlag akzeptieren. Und wenn das ein Vorschlag ist, auf den man sich einigen könnte, dann wäre (im Idealfall) spätestens im Februar ein neues Referendum möglich. Die Iren müssen sowieso noch ein weiteres Referendum zu einer anderen Frage abhalten, das damit verbunden werden könnte. Der Lissabon-Vertrag soll noch vor der Europawahl in Kraft treten, denn man braucht eine gewisse Vorlaufzeit vor der Europawahl, weil nationale Wahlgesetze noch verändert werden müssen. Übrigens sagen mir eine Reihe von Kollegen, wir Deutschen seien eigentlich diejenigen, die mit einer weiteren Verzögerung über die Europawahl hinaus noch am ehesten leben könnten, denn dann behielten wir 99 Abgeordnete, die Spanier hingegen hätten vier weniger, die Briten zwei weniger usw. Aber dieses Spiel sollten wir jetzt nicht spielen, so wie die Tschechen ein bisschen das Spiel spielen, das sie jetzt ja auch nicht mehr fortführen müssen, denn die Iren haben entschieden, dass sie noch mal eine volle Präsidentschaft haben. Das hat auch alles im Hintergrund eine Rolle gespielt, so dass man in diese Schwierigkeit hineingeriet.

Ich glaube, dass es aber auf den Zeitpunkt nicht wirklich ankommt. In dieser Frage, in der es um einen wirklich historischen Prozess geht, darf man nicht den Fehler machen, einen Monat gewinnen zu wollen und dann geht es deswegen schief. Hier geht es darum Ruhe zu bewahren und den Prozess in einer vernünftigen Weise zu seinem Ende zu bringen. Ich glaube, wir müssen bei dem irischen Referendum auch sehen, dass man sich dort auch bewusst ist, dass sie als Iren am meisten leiden würden, wenn die Integration weiter voranginge und sie letztlich an die Seite gedrückt würden. Das heißt nicht nur, dass man sich bewusst ist, welche europäischen Leistungen dorthin geflossen sind; obwohl das Pochen auf die Leistungen, die man in Landwirtschaft, Infrastruktur und manches mehr gegeben hat, den Wähler nie interessiert hat. Wahlen werden nie entschieden auf Grund von Dankbarkeit, sondern auf Grund von Ängsten und Hoffnungen für die Zukunft. Und deswegen zu fordern: „Aber jetzt müsst ihr Iren aber aus Dankbarkeit euch so und so verhalten“, das funktioniert nicht. Das könnte höchstens Trotzreaktionen hervorrufen. Aber wir müssen auf der anderen Seite sehen, dass nach einer Untersuchung 70 Prozent der Iren, die mit "Nein" gestimmt haben, so wählten, weil es angeblich leicht sei, einen neuen Vertrag auszuhandeln. Das war in den letzten Tagen die entscheidende Kampagne. Es waren zwei strategisch "dolle" Dinge. Das Erste war „Nein sagen und ihr kriegt etwas Besseres“ und das Zweite war „Wenn du nicht weißt, was es ist, dann stimme Nein“. Hier müssen wir ja nun auch sagen, dass von der Regierung Informationen gegeben wurden, die schon großartig gewesen sind: Den Wählern wurde das „Statement for the Information of the Voter“, das den 28<sup>th</sup> Amendment of the Constitution Bill 2008 enthält, und *nur* das geschickt; zwei mal vier Seiten, einmal in Englisch, einmal in Gälisch. Ich will nur ein beispielhaftes Zitat daraus bringen, nur so etwas haben die bekommen, nichts erklärt.



Zwölfter Punkt: „The state may exercise the options or discretions provided by or under Article 122, 264, 265, 266, 267, 268 and 2.278 of the treaty referred to in subsection 10 of this sections and Articles 118 and 120 of Protocol Number 1 Annex to that treaty but any such exercise shall be subject to prior approval of both houses.“

So geht das durchgängig, nichts anderes. Das war der Wahlzettel und „Information for the Voter“, was der Wähler von der Regierung ins Haus geschickt bekommen hat. Wenn ich als Wähler so etwas bekommen hätte, dann hätte ich auch mit "Nein" gestimmt. Und ich glaube, dass es da noch viel Spielraum gibt, um hier zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Wenn man diese Zahlen sieht (es sind nicht nur 70 Prozent, sondern 76 Prozent, die dafür sind schnell neu zu verhandeln), dann muss man sagen: Neu verhandeln geht nicht, denn dann ist die Veranstaltung aus oben genannten Gründen zu beenden. Und da der einzige Punkt jener Streit um den Kommissar ist, ist auch eine solche Variante vorstellbar. Nach dem Vertrag von Nizza muss 2009 die Kommission verkleinert werden. Es könnte 2009 den irischen Kommissar treffen. Nach dem Vertrag von Lissabon muss die Kommission ab 2014 verkleinert werden, dann jeweils auf zwei Drittel der Mitgliedstaaten, so dass stets ein Drittel der Länder keinen Kommissar besitzt. Wenn man dies zur Grundlage nimmt, so hätte nach den Regeln des Vertrags von Lissabon Irland vielleicht erst ab 2026 zum ersten Mal keinen Kommissar. Auch diese Dinge muss man beachten, aber vielleicht gibt es da noch Zwischenwege, die durch bestimmte Entscheidungen – die nicht zur Vertragsänderung führen, ich will mir jetzt nicht selbst widersprechen – eine Rolle spielen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Dieser Vertrag ist aus meiner Sicht, nach den Debatten der letzten Tage, vielleicht heute mit einer größeren Chance auf Realisierung verbunden als ich mir dies vor einem viertel Jahr selbst vorgestellt habe. Dies ist aber nur dann möglich, wenn wir das in einer vernünftigen Weise angehen und wenn wir diese Debatte auch nutzen, jetzt und über die Europawahlen hinaus. Wir müssen zeigen, wofür wir den Vertrag brauchen, nämlich um den Herausforderungen zu begegnen, den Bürger politisch stärker zu beteiligen, so dass er stärkere Entscheidungsmöglichkeiten bekommt und müssen vor allen Dingen auch dafür eintreten, dass wir uns für dieses Projekt nicht zu entschuldigen haben, sondern das dies ein Projekt von großem Erfolg gewesen ist, nicht nur wirtschaftlich und politisch, sondern grundsätzlich. Meine Damen und Herren, ich meine, dass wir jetzt aus diesem Grunde Ruhe bewahren sollten, die uns dann die Möglichkeit gibt, an diesem Gebäude weiterzubauen, aber dann auf der Ebene einer größeren Transparenz. Der Rat muss öffentlich tagen und auch deutlich machen, dass wir jetzt auch eine Phase der Konsolidierung brauchen. Die letzten 20 Jahre waren eine Revolution. Binnenmarkt, Währungsunion, Erweiterung nach dem Zusammenfall von Mauer und Stacheldraht. Aus diesem Grunde sollten wir es bei der Erweiterung und bei der Gesetzgebung mal etwas langsamer angehen lassen. Wir sind bisher nicht in der Lage gewesen, nicht im Rat, aber auch nicht in der Kommission oder im Parlament, diese Gesetzgebungsmaschine (die notwendigerweise heiß laufen musste um die Binnenmarktgesetzgebung hinzukriegen) ein Stückchen abzubremsen. Eine Rechtsordnung hat nur dann Glaubwürdigkeit, wenn diese Rechtsordnung auch durchgesetzt wird, und zwar überall. Wir kennen aus der Geschichte genügend Beispiele und wissen, wenn eine Rechtsordnung nicht ordentlich umgesetzt wird, leidet die Autorität der gesamten Veranstaltung darunter. Und deswegen ist das die erste Idee. Und wenn die Kommission in 14 Tagen meint, eine neue Richtlinie zur Antidiskriminierung vorzulegen, mag das ja inhaltlich alles richtig sein; dennoch wäre ich dann der Auffassung, jetzt erst mal zu schauen, ob in allen 27 Staaten die bisherigen Richtlinien umgesetzt sind. Dafür kann ich Ihnen 30 andere Beispiele geben und noch mehr. Ich glaube, dass es von entscheidender Bedeutung ist, durch die Umsetzung die Dinge glaubwürdig zu machen und auch hier die gleichen Chancen und Rechte

und Möglichkeiten für unsere Bürger zu ermöglichen. Ich glaube, wenn uns das entsprechend gelingt, hat das auch damit zu tun, dass Akzeptanz für das europäische Projekt bei den Bürgern wieder gefunden wird. Ich glaube, man darf jetzt „nix überdribbeln“, wie man in Nordrhein-Westfalen sagt, und ich meine, dass aus diesem Grunde Konsolidierung notwendig ist und dass das auch bedeutet, dass (wenn dieser Verfassungsvertrag Primärrecht geworden ist) nicht eine neue institutionelle Debatte in drei oder vier Jahren folgen muss. Die folgenden acht oder zehn Jahre muss dann erst einmal Schluss sein, um Politik für den Bürger zu machen und nicht um neue institutionelle Debatten zu führen. Aus diesem Grund sollten wir das nächste dreiviertel Jahr erfolgreich gestalten.

Herzlichen Dank!

-----